

An  
Gemeinderätin Sissi Potzinger  
Grazer Volkspartei - Gemeinderatsclub  
Rathaus  
8011 Graz

**Stadtrat Manfred Eber**  
Personalamt  
Finanzen & Beteiligungen  
Bau- und Anlagenbehörde  
Katastrophenschutz und Feuerwehr

Rathaus, Zimmer 242 | 8011 Graz  
Tel.: +43 316 872-2040  
Fax: +43 316 872-2049  
manfred.eber@stadt.graz.at

**Fragestunde 16. Mai 2024**  
**Freier Eintritt für Exekutivbeamtinnen und –beamte**  
**zur Sicherheit für Kinder, Frauen und Familien**

[www.graz.at](http://www.graz.at)

Graz, 16. Mai 2024

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Potzinger, liebe Sissi,

zu Deiner Frage kann ich Dir folgende Auskunft geben.

Es darf eingangs festgehalten werden, dass sich, wie angeführt, bis dato entsprechende Szenen wie in Neubrandenburg weder in den Hallen- noch in den Freibädern in Graz ereignet haben.

Um entsprechende Vorfälle hintanzuhalten, wurden in den letzten Jahren bereits entsprechende Maßnahmen gesetzt:

- intensive Schulungen der Mitarbeiter:innen unter anderem mit der Polizei in Richtung Konfliktmanagement
- Im Anlassfall wird bei aggressiver Grundstimmung der Zutritt verweigert
- Weiters steht Sicherheitspersonal zur Verfügung, das je nach Bedarf auch sehr kurzfristig und rasch aufgestockt werden kann
- Federführend in Österreich wurde die Badeordnung in sieben Sprachen übersetzt
- Das Projekt „Luisa ist da“ wird seit zwei Jahren in unseren Bädern angewendet

Sich nur auf die eventuelle Anwesenheit von Polizei zu verlassen wird jedoch zu wenig sein, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass immer Polizistinnen oder Polizisten anwesend sind. Es darf zudem auf §1 Abs 3 der Richtlinienverordnung für das Einschreiten der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes verwiesen werden, aus dem sich ohnedies ergibt, dass ein entsprechendes Einschreiten „unter zumutbaren und verhältnismäßigen Umständen bei Gefahr für Gesundheit, Leben und Freiheit von Menschen oder fremdes Eigentum in großem Maße“, vorsieht. Daraus ergibt sich somit, dass Polizistinnen und Polizisten unter oben genannten Umständen ohnedies zum Einschreiten verpflichtet sind – ungeachtet davon ob sie nun beim Eintritt ihre Dienstnummer bekanntgeben oder nicht.

Seitens der Freizeitbetriebe wird der Vorschlag jedenfalls geprüft und wir hoffen, dass wir damit gegebenenfalls einen weiteren Anreiz zu noch mehr Sicherheit in den Bädern schaffen können.

Mit freundlichen Grüßen

Stadtrat Manfred Eber